



Landesverband  
Berlin e.V.



Berliner Sozialgipfel  
c/o DGB Berlin-Brandenburg  
Keithstraße 1+3  
10787 Berlin  
Tel.: +49 30 212 40-120  
[andrew.walde@dgb.de](mailto:andrew.walde@dgb.de)

## Presseinformation

07.09.2017

Der Berliner Sozialgipfel ist ein Bündnis von DGB, Sozialverbänden und Berliner Mieterverein, um gemeinsame sozialpolitische Forderungen mit Nachdruck gegenüber der Politik zu vertreten.

Am **12. September, von 17:00 bis 19:00 Uhr**, findet der **8. Berliner Sozialgipfel** im DGB Gewerkschaftshaus am Wittenbergplatz statt. Anlässlich der Bundestagswahl werden die Spitzenkandidatinnen von SPD, CDU, Grünen und Linken mit den Forderungen des Berliner Sozialgipfels konfrontiert.

Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Verbände äußerten sich wie folgt zu Anforderungen an die Politik:

### **DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Berlin-Brandenburg** **Doro Zinke, Vorsitzende:**

„Gute Arbeit bedeutet: fair bezahlte, sozialversicherungspflichtige, unbefristete Beschäftigung, mit der gutes Leben möglich ist. Nur so können Renten erarbeitet werden, die auch im Alter für ein würdiges Leben reichen und Altersarmut verhindern. Das Zurückdrängen von prekärer Beschäftigung ist daher die Aufgabe aller, auch der Politik, die die Rahmenbedingungen schaffen muss. Das Rentenniveau muss bei 48% stabilisiert und im weiteren Schritt auf 50% angehoben werden. Die Finanzierungsbasis muss verbreitert werden, zu einer Erwerbstätigenversicherung.“

### **SoVD – Sozialverband Deutschland, Landesverband Berlin-Brandenburg** **Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses:**

„Für die Integration und Inklusion von Arbeitnehmern in höherem Lebensalter und mit Behinderungen stehen folgende Forderungen im Vordergrund: die Zwangsverrentung ab 63 mit dauerhaften Abschlägen für ALG II-Empfänger sind abzuschaffen und wieder Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose einzuführen. Ebenso fordern wir die vollständige Barrierefreiheit für Wohnungen, öffentliche Gebäude, Gesundheitseinrichtungen und Verkehrsmittel. Auch muss das Bundesteilhabegesetz verbessert werden, vor allem bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen auf das Eingliederungsgeld.“

### **BMV – Berliner Mieterverein** **Reiner Wild, Geschäftsführer:**

„Mieter haben weiterhin schlechte Karten auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Die Wohnkostenbelastung steigt durch Mieterhöhungen und hohe Angebotsmieten weiter an; angemessene Wohnungen sind für breite Teile der Bevölkerung nur sehr eingeschränkt verfügbar. Das macht schärfere Eingriffe der Politik erforderlich. Vom Bundestag fordern wir: Mieterhöhungen müssen beschränkt, Boden- und Grundstückspreise gestoppt und die Förderungen für langfristig bzw. dauerhaft mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen erhöht werden.“

## **VS – Volkssolidarität, Landesverband Berlin**

**Ingeborg Simon, Stellvertretende Vorsitzende:**

„Auch Berliner Integrationspolitik braucht humanitäre Rahmenbedingungen auf Bundesebene, keine Abschottungspolitik. So lange die Bundespolitik die Fluchtursachen nicht bekämpft, brauchen wir sichere Fluchtwege.“

## **AWO – Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Berlin**

**Ute Kumpf, Vorsitzende:**

„Hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ist von bundesweitem Interesse und darf nicht der Kleinstaaterei und der örtlichen Finanzlage überlassen bleiben. Wir brauchen ein Bundesqualitätsgesetz, in dem die Standards für Kindertagesbetreuung länderübergreifend und verbindlich festgeschrieben werden und der Bund die Kommunen auch finanziell unterstützen darf.“

## **VdK – Sozialverband VdK, Landesverband Berlin-Brandenburg**

**Henrike Weber, Sozialpolitische Referentin:**

„Für einen inklusiven Arbeitsmarkt: die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erfordert mehr Inklusion im allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen ist dauerhaft überdurchschnittlich hoch. Das Vermittlungshemmnis Schwerbehinderung führt zu immer mehr Langzeitarbeitslosigkeit. Mehr Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in inklusiv ausgerichteten Unternehmen und in Inklusionsunternehmen sind notwendig. Der VdK fordert die nachhaltige Unterstützung dieser inklusiv ausgerichteten Unternehmen bei ihrer Beschäftigung der schwerbehinderten Arbeitnehmer. Mit entsprechender Inklusion in der Schule bzw. dem Bildungssystem werden die Weichen für eine gelingende berufliche Inklusion bereits frühzeitig gestellt.“

## **NGG – Gewerkschaft Nahrung - Genuss - Gaststätten, Region Berlin-Brandenburg**

**Kathrin Albrecht, Gewerkschaftssekretärin:**

„Der gesetzliche Mindestlohn muss erhöht werden, damit Beschäftigte sich eine Rente erarbeiten können, die über dem Grundsicherungsniveau liegt. Die Umgehung des Mindestlohns muss durch deutlich mehr Kontrollen verhindert, Gesetzesverstöße müssen empfindlich bestraft werden, damit es kein Lohndumping mehr gibt.“

### **Kontakt und Information:**

Nina Lepsius

+49 30 21240-111

[Nina.Lepsius@dgb.de](mailto:Nina.Lepsius@dgb.de)

Andrew Walde

+49 30 21240-120

[Andrew.Walde@dgb.de](mailto:Andrew.Walde@dgb.de)